

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

Verleger: täglich
ausgenommen an
Sonntagen und Feiertagen.
Preis vierteljährlich
1/2 M. mit Postgebühren
1/2 M., im Bezirke
und 10-Km-Verkehr
1/2 M., im übrigen
Württemberg 1/2 M.,
Postabonnements
nach Verhältnis.

Anzeigen-Verträge
für die einseitige, Zeile um
gewöhnlich Schrift oder
deren Raum bei einseitiger
Einschaltung 15 Pf.,
bei mehrmaliger
entsprechend höher.
—
Herausgeber: v.
Bohlfeldmann
4111 Stuttgart.

35

Mittwoch, den 12. Februar

1919.

Die Nationalversammlung in Weimar.

4. Sitzung nachmittags 3 Uhr

Weimar, 10. Febr. An den Tischen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Dr. v. Krause, Schiff, Dr. Preuß, Dr. Sülchmann, Hirsch u. a.

Präsident Dr. Ebert eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten. Weitere Rundreden und Adressen sind eingelaufen vom Deutschen Volksrat für Westpreußen in Danzig, der die deutsche Nationalversammlung bittet, dafür Sorge zu tragen, daß kein Stück ostpreussischen Landes dem Vaterlande entzogen wird. Ferner von dem vom Ostpreussischen Provinzialrat einberufenen Kongreß der A- und S-Räte Ostpreußens, der sich hinter die Regierung stellt; sodann von den Delegierten aller bayrischen Berufs-Offiziere, die sich geschlossen hinter die in Weimar tagende deutsche Volksvertretung stellen. Ferner entbietet der deutsch-österreichische Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden, zugleich namens der auswärts Deutsch-Oesterreicher, die bei der Verlesung der Diktatur mitwirken, der Versammlung seine Grüße. Endlich liegt ein Gruß des A- und S-Kongresses für Westpreußen vor mit der Mahnung: Vergeht nicht Westpreußen und seine Polennot.

Auf der Tagesordnung steht die zweite und eventuell dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Zur zweiten Lesung ist eine Reihe von Anträgen eingegangen, deren Bescheidung noch nicht erfolgt ist und die der Präsident deshalb zur Berlesung bringen läßt.

Bayrischer General Dr. von Praeger: Im Auftrag der Regierung von Bayern und gleichzeitig von Württemberg und Baden habe ich zu erklären: Die genannten Regierungen gehen von der Voraussetzung aus, daß durch Annahme des vorliegenden Gesetzesentwurfs Entscheidungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorweggenommen werden.

Volksbeauftragter Ebert: Anknüpfend an diese Erklärung möchte ich mitteilen, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimmt. Das Gesetz hat in allen seinen Teilen nur provisorischen Charakter und greift der endgültigen Regelung der Dinge nicht vor. (Beifall.)

Abgeordneter E. B. (Soz.): Namens meiner Partei habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die sozialdemokratische Fraktion von der Notwendigkeit einer raschen Bescheidung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt durchdrungen. Diese Notwendigkeit ist begründet durch die äußere und innere Politik. Es bedarf der Schöpfung einer vom ganzen Volk getragenen vorläufigen Reichsordnung, einmal im Hinblick darauf, daß der Waffenstillstand mit der Entente, der am 16. ds. Mo. abläuft, verlängert werden muß, sowie daß in kurzer Zeit die Friedensverhandlungen beginnen müssen, ferner weil es gilt, den Grundstock zum demokratischen Aufbau unseres Landes unverzüglich zu legen. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist vom Geiste der Demokratie getragen. Indes erhält er in den Paragraphen 2 und 4, Absatz 2, Bestimmungen gegen die wir erhebliche Bedenken haben. Lediglich die Notwendigkeit, dem Gesetzesentwurf so schnell wie möglich zu verschaffen, zwingt uns diese Bedenken zurückzustellen. Nach unserer Auffassung ist die verfassunggebende Nationalversammlung allein souverän. (Beifall.) Nur unter dem Zwang der Sachverhalte und um den Wiederaufbau des Reichs nicht zu gefährden, haben wir uns dazu verstanden, in eine Einschränkung dieses Grundgesetzes zu willigen. Wir stimmen dem Entwurf zu, verwarfen uns aber dagegen, daß aus unserer Haltung Schlüsse auf unsere Stellung in der Zukunft geschlossen werden, und behalten uns für die Verhandlungen über den Entwurf der endgültigen Verfassung volle Freiheit vor. (Beifall bei den Soz. Zuruf bei den U. Soz.: Volle Freiheit des Rückzugs!) Abg. von Payer (Demokrat): Namens der Fraktion der Deutschen demokratischen Partei habe ich folgende Erklärung abgegeben: Das deutsche Volk hat die ihm zustehende Souveränität ausgeübt durch die Wahl der Nationalversammlung und diese mit der weiteren Ausübung der Souveränität beauftragt. Die Nationalversammlung hat diesem Auftrag sofort nachzukommen. Sie hat ein Vorbild an Arbeitwillen zu geben. Darum soll ihr Reden zum Handeln werden. Sie muß eine verfassungsmäßige Regierung bilden, der es bei aller Rücksicht nicht an der gesetzlichen Macht fehlt, stark zu sein. Unsere feste Zuversicht ist, daß der Versuch gereicher und vernünftiger Ausgleichung über

die Schwierigkeiten staatsrechtlicher Formen und staatsmännischer Erwägungen nicht werden wird. Verständigung u. gegenseitiges Nachgeben haben uns zu dem vorläufigen Entwurf der nicht leicht zustande gekommen ist, vorholten. Beschlüßigung und ehlicher Wille, dem Vaterlande zu dienen, werden uns auch eine endgültige Verfassung schaffen.

Unter Volk das sich aus der Gegenwart durch Bewirkung vor: Zukunfts Hoffnungen erlösen will und die Fehde, die uns den Frieden grundlos und grausam vorerhalten, sie sollen uns trotz der gewaltigen Vorbelegen der letzten Wochen und Monate bei dieser sehr ersten Frage geistig und entschlossen finden. (Lebhafte Bravo.) Die heutige Verabschiedung des ersten großen grundlegenden Gesetzes durch eine außerordentlich große Mehrheit soll uns außerdem von guter Vorbedeutung sein. Meine Freunde haben beschlossen für die Vorlage und ihre sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung zu stimmen.

Abg. Helm (Soz. Volkspartei) erklärt im Namen seiner Freunde u. a., daß diese die schweren Bedenken gegen den Verfassungsentwurf hätten. Sie hätten aber auch die Hoffnung, daß es bei der Schöpfung der endgültigen Verfassung gelingen werde, durch Mitarbeit ihrer Partei den berechtigten Wünschen ihrer engeren Heimat Geltung zu verschaffen.

Dr. Velbrück (D. N. B. V.) erklärt, daß bei seinen politischen Freunden gegen die Vorlage die schwersten Bedenken beständen. Daß aber ihr vorläufiger Charakter anerkannt würde, daher würde seine Partei nicht ohne schwere Gewissensbisse das große Opfer bringen und für die Vorlage stimmen.

Dr. Heine erklärt im Namen der Deutschen Volkspartei, daß trotz erheblicher technischer und juristischer Bedenken seine Freunde aus politischen Gesichtspunkten für den Entwurf stimmen würden.

Abg. Cohn-Rauh (U. S. V.) begründet in längerer Rede die Anträge seiner Partei die den § 2 beizubehalten und statt des Präsidenten ein Bundespräsidium oder ein Reichspräsidium schaffen wollen und weiter eine Legalisierung des Zentralrates der A- und S-Räte verlangen.

Abg. Gräber (Zent.) erklärt u. a.: Für uns ist im Augenblick das wichtigste der Übergang von einem revolutionären Zustand zu einer Reichsordnung möglichst zu beschleunigen. Angesichts dieser Aufgabe müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden. Die Zentrumspartei wird deshalb in ihrer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen. Sie betrachtet die Annahme des Entwurfs als notwendige Vorbedeutung für Frieden und Brot.

Damit schließt die Besprechung des § 1. § 1 wird sodann gegen die Stimmen der U. S. V. und einer Minderheit des Zentrums angenommen.

Zu § 2, der im übrigen unverändert angenommen wird, wird ein Antrag Payer, E. B., Polakowsky, Dr. Kieffer angenommen: Der Staatsauschuss wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.

Nach Ablehnung eines Antrages der U. S. V. wurde auch § 3 unverändert angenommen.

Zu § 4 wird ein Antrag der U. S. V., daß dem Zentralrat der A- und S-Räte ein Einspruchsrecht gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung zustehe, abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag, der dem Zentralrat das Recht gibt, unter Umständen eine Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 4 wird angenommen, der zweite Absatz gegen die Stimmen der U. S. V. und der Soz. Volkspartei.

Zu § 5 wird ein Antrag der U. S. V., daß Soldaten ebenso wie Beamte als Mitglieder der Nationalversammlung ihre Tätigkeit ausüben können, ohne Urlaub nachsuchen zu müssen, gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen Volkspartei angenommen. Im übrigen gelangt § 5 unverändert zur Annahme.

§ 6 wird, nachdem Staatssekretär Graf v. Brockdorff-Rangau erklärt hatte: Ich kann vom Standpunkt meines Ressorts aus erklären, daß ich nicht die Absicht habe, Ordeleuerträge abzuschließen, unter Ablehnung von Anträgen der U. S. V. unverändert angenommen.

Desgleichen gelangen zur Annahme die §§ 7, 8 und 9, wobei in § 7 der Ausdruck: „Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung durch einfache Stimmenmehrheit gewählt“ durch „absolute Stimmenmehrheit“ ersetzt wird.

Mo § 10 wird ein Antrag Payer, Gräber und Genossen bingestellt: Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen Befehle, sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages bedürfen, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande.

Auch Einleitung und Uberschrift werden unverändert angenommen. Sodann wird sofort in die dritte Beratung eingetreten. Das Haus gibt auf Antrag des demokratischen Abg. Dr. Waldheim noch seine Zustimmung, daß dazu die Anwesenheit des Gesetzes festzustellen, Aufgabe des Präsidenten der Nationalversammlung sei. Damit schließt die Generaldebatte.

Unser „Volksheer“

Uns wird geschrieben: Eine Einrichtung, deren auch das neue Deutschland nicht wird entbehren können, ist das Heer, denn eine Regierung, der in keinem Falle ein bewaffnetes, geordnetes und entsprechend ausgebildetes Aufgebot zur Verfügung steht, ist undenkbar, weil sie eben im Bedarfsfall ihren Anordnungen niemals den nötigen Nachdruck verleihen, Ordnung und Sicherheit nicht durchführen könnte.

Nun wird aber über dieses Heer — gemeinhin nennt man es meist „Volksheer“ — soviel unklare Zeug zusammengebracht, daß es angebracht erscheint, in großen Zügen einmal zu erörtern, was denn an dem zu erwartenden Gebilde möglich und was an ihm unmöglich ist; eine Betrachtung, die indessen an dem rein Technischen ganz vorübergehen und nur das „Politische“, d. h. von dem demokratischen Zug der Zeit nahegelegene berühren soll.

Unmöglich ist da zunächst ein Heer, in dem, wie manche es sich denken, vielleicht die oberste Instanz die „Soldatenräte“, d. h. von den Mannschaften gewählte Ueberwachungs- und Ausschüsse bilden; oder in dem jeder Mann sein eigener Vorgesetzter ist. Denn über das Schicksal der Soldatenräte hat in dieser Lage der Leiter des bürgerlichen Kriegswesens, der Sozialdemokrat Koffhauer, das Nötige gesagt; und über die zweierleiartige Vorstellung braucht man kaum viel Worte zu verlieren. Andererseits ist aber auch unmöglich die Uebernahme des Aien auf die neue Zeit; denn ganz abgesehen davon, daß dem alten System neben unbestimmten Vorgesetzten auch ganz ungeheure Mängel anhaften, werden sich ja die Ausbildung der Mannschaften, die Zeit der Ausbildung und insbesondere das Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaften fortan auf ganz andere Gesichtspunkte einzustellen haben, wie e. edem.

Was wird also im Heere der Zukunft verschwinden, was neu geschaffen und was in veränderter Form in Erscheinung treten müssen? Da muß zunächst gründlich geklärt werden das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften; der Offizier darf nicht mehr ausschließlich Vorgesetzter sein, er muß vielmehr seinen Soldaten ein wohlwollender Berater, ja betriebe Freund sein. Um das zu erreichen, ist unerlässlich eine grundlegende Aenderung des Besondere in der Form, daß jeder Vorgesetzte für jeden Soldaten erreichbar sein muß; und weiter sind unerlässlich anderweitige Maßnahmen für Auswahl und Ausbildung der Offiziere gleichermassen, wie für die Ausbildung der Mannschaften.

Was Auswahl und Ausbildung der Offiziere anlangt, so muß deren Ausbildung vertieft und erweitert werden; Zulassung können nur Leute von einwandfreiem Charakter, Eigenschaften und mit erzieherischen Fähigkeiten finden. Alle „Elite“-Regimenter haben natürlich zu entfallen, ebenso wie die Zuständigkeit des Regimentskommandeurs über Annahme oder Nichtannahme eines Aspiranten bezw. die Wahl des Regiments durch den Aspiranten. Dieser wird vielmehr, wie jeder andere Staatsdiener (Richter, Verwaltungsbeamter, Lehrer etc.) einer Dienststelle, nach erfolgter Ausbildung und abgelegten Prüfungen seitens des zuständigen Ministeriums einem Truppenteile zugewiesen. Doch Herkunft, Name und Besitz keinerlei Rolle spielen, sondern nur die Eignung den Ausschlag geben darf, bedarf wohl kaum besonderer Erwähnung.

In Sachen der Mannschaftensausbildung, bei der man, da die Dienstzeit jedenfalls erheblich abgekürzt werden wird, natürlich auf besonders ernste Arbeit, gute Zucht usw. nicht verzichten müssen, wird in erster Reihe anzuführen sein der Erfolg des Willens durch durchgeleiteten Unterricht, die Berücksichtigung der Individualität des Einzelnen, die Erziehung zum „Menschen“. Militärstrafgesetz und Militärgerichtsverfahren sind gründlich umzugestalten; Dienstleistungen

eines Soldaten in Kasinos oder Offiziershaushaltungen
schelden gleichermaßen aus, wie „niedere“ Dienstleistungen;
mit Wahrnehmung sozialer Fürsorge sind gemischte (d. h.
aus Vertretern aller Chargen gebildete) Ausschüsse zu er-
richten, für geistige Förderung haben Lesestuben, Büchereien
u. s. w. zu sorgen; endlich sollen Mannschaften, die eingezogen
werden, nicht der ihrer Heimat am nächstgelegenen Garni-
son, sondern wenn möglich Garnisonen in entfernteren
Landesteilen zugewiesen werden, damit die Dienstzeit den
Soldaten auch Land und Leute abseits des eigenen Krei-
slarms kennen lehrt.

Das sind wohl im wesentlichen die Gesichtspunkte,
die sich für den ersten Augenblick in den Vordergrund
stellen, bei weiteren Erwägungen aber natürlich erheblich
vermehrten lassen. Doch dürfte das Sache der Parlamente,
der Regierungen und der zu Rate zu ziehenden Autoritäten
— aber wirklicher Autoritäten! — sein; was diese kurze
Betrachtung soll und will, ist ja nur das Eine: den mit
dem gebührenden Ernste in seiner Zeit stehenden Staats-
bürger zum Nachdenken über diese bedeutsame Frage anzu-
regen, damit es nicht Nebelgebilde aus dem Lande Utopien
sind, die erst gestreut werden müssen, wenn die Sache zur
Erörterung ansteht und die Zeit die — Tat heißt.

Die Deutschenhege in Reg.

Nach Auszügen von Flüchtlingen aus Reg ist die
Deutschenhege in Lothringen zurzeit stärker als im Elsaß.
Die in Reg erscheinende Presse, an erster Stelle die frühere
„Lotharinger Volksstimme“, jetzt „Lotharinger Bürgerzeitung“,
die unter Leitung des bekannten Abbe Hochspil steht, ergeht
sich täglich in unglücklich gehässigen, volksaufliegenden
Artikeln gegen die Brodklärung. In voriger Woche richtete
dieses Blatt an die Regher Behörden die Anfrage:
„Wie lange müssen wir hier die deutschen Schweine noch
durchfüttern? Wann werden wir von ihrem Anblick befreit?
Es wäre an der Zeit, sie nach Regh abzuschleppen, damit
sie drüben verrecken.“ Die von den Behörden getroffenen
Maßnahmen zielen denn auch darauf hinaus, die deut-
schen Geschäftsleute derart zu schädigen, daß ihnen
schließlich nichts weiteres als der Verkauf ihrer Unter-
nehmungen zu Spottpreisen übrig bleibt. Alle
Bankguthaben sind gesperrt, Verkäufe werden mit Schein
abgeschlossen, deren Einlösung erst nach dem Friedensschluß
möglich ist. Auf diese Weise werden die wohlhabendsten
Bürger ohne Geldmittel nach Deutschland abgeschoben. Nach
den neuesten Anordnungen darf die deutsche Bevölkerung
nur noch in Geschäften ihre Einkäufe besorgen, die als
deutsche Geschäfte durch das französische Militärverbot
gekennzeichnet sind. Da es diesen deutschen Geschäften aber
nicht möglich ist, Waren zu erhalten, stehen die Deutschen
von Tag zu Tag immer mehr vor der bitteren Notwendig-
keit, unter Zurücklassung von Hab und Gut, Regh zu
verlassen. Die Abwanderung aus Regh und Umgebung be-
trägt wöchentlich über tausend Personen, doch wird die Zahl
in den nächsten Tagen sich erheblich vergrößern.

Wer der Denunziation verfallen ist, wird von Soldaten
mit aufgespanntem Seitengewehr aus der Wohnung abge-
holt, zumeist nach dem Gouvernement und dann zum Ge-
fängnis gebracht. Hier werden völlig ungeschuldige Personen
tage- und wochenlang fest gehalten, um dann über Regh
abgeschoben zu werden. Im Casse „des Hilles“ tagt jeden
Dienstag eine besonders gegründete Vereinigung, welche es
sich zur Aufgabe gestellt hat, neue Schandthaten auszuklärn,
um den Deutschen den Aufenthalt in Regh zu vereiteln. Be-
gehrte Individuen führen dann Mittwochs die ausgebräutete
Pflanze aus. Es ist soweit gekommen, daß die deutsche Be-
völkerung schon mit Zittern und Zagen jedem Mittwoch
entgegensteht.

Die deutschen Polizeibeamten und Schulleute, die bei
Eintritt in den Waffenstillstand, im Einverständnis mit den
französischen Behörden, den Befehl erhielten, auf ihren
Posten zu verbleiben, wurden in voriger Woche unorthodox
verhaftet und gefesselt ins Gefängnis abgeführt, wo sie in
Einsperrung genommen wurden. Ein verheirateter Schulmann
hat sich hierbei in Gefängnis unter der Einwirkung dieser
schonungslos Behandlung die Pulsader geöffnet und ist
an dieser Verletzung gestorben. Mit welcher Gefühllosigkeit
die Franzosen ihrem Haß die Bügel schlingen lassen, zeigt
folgender Fall: Das schwererkrankte frühere Mitglied der
Ersten elsass-lothringischen Kammer, Stadtrat Weismann,
wurde an jenem Tage vormittags aus dem Gefängnis ab-
transportiert, auf dem seine 25 jährige verheiratete Tochter
nachmittags zu Grabe getragen wurde. Auch Altholtinger,
die unter der deutschen Herrschaft zu dieser blieben, erlitt
der Ausweisungsbefehl. So wurde Bürgermeister Dr. Foret,
der bis zum Einzug der Franzosen Bürgermeister von
Regh war, dieser Tage nach Deutschland ausgewiesen. Der
Goldwarenhändler Delette, der sich um die deutsche Gold-
ankaufstelle während des Krieges bemüht hatte, wurde
nach Frankreich ausgewiesen, wo er unter Polizeiaufsicht
gestellt wurde. Die katholischen Kirchen, in denen schon
früher die französisch-einheimische Bevölkerung eine Besor-
gung gegenüber den deutschen Gläubigen erfuhr, sind nun
völlig Hochburgen chauvinistischer Hesse. Dem deutschen
Kirchenchor von St. Martin wurde die weitere Ausübung
seiner kirchlichen Funktionen verboten. Den deutschen Ka-
tholiken ist es seit Wochen nicht mehr möglich, die Gottes-
häuser zu besuchen.

Neuzugänge mehrender Personen lassen darauf
schließen, daß diese Deutschenhege, die vom 1. Februar in
verdrängtem Maße eingesetzt hat, darauf hinarbeitet, Lothringen
bis zum 1. März von allen „Dochern“ zu befreien.

Wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluß von Süddeutschland.

Die Handelskammer Ulm erörterte in ihrer letzten
Sitzung eingehend die Frage eines engeren wirtschaftlichen
und politischen Zusammenschlusses der Süddeutschen
Staaten, Württemberg, Baden, Hessen, Rheingebiet. Über
die Dr. Rehm berichtete. Für den engeren politischen
Zusammenschluß von Süddeutschland wurde geltend ge-
macht, daß ein politisch geschlossenes Süddeutschland
innerhalb der Republik des Deutschen Reiches seine Inter-
essen, darunter auch wirtschaftliche, erfolgreicher zur Geltung
bringen könne, als wenn es in seiner bisherigen politischen
Zersplitterung beharre. Dies wäre sowohl der Fall wenn
Preußen der geschlossene deutsche Großstaat bleibe, der es
bisher war, als wenn der unmahrscheinliche Fall eintrete,
daß sich Preußen nach Volksstimmungen und wirtschaftlichen
und geschichtlichen Rücksichten eine Anzahl Freistaaten aus-
löse. Neben dem Großstaat Preußen würden in dem
neuen deutschen Reich Bayern, Sachsen und wohl ein ge-
schlossenes Deutsch-Österreich bestehen. Gegenüber diesen
großen Bundesstaaten bedürfte es eines politisch geschlossenen
Süddeutschlands. Zugleich wurde ein engerer politischer
Zusammenschluß ganz Süddeutschlands, also mit Einfluß
von Bayern, bestritten, um gegenüber Preußen und dem
neu hinzukommenden Österreich ein entsprechendes Gewicht
in die Waagschale legen zu können. Von einem derartigen
engeren politischen Zusammenschluß wird die günstigste
wirtschaftliche Folge erwartet, daß sich Handel und Industrie
in dem politisch zusammengeschlossenen Gebiet an den
öffentlichen Vergabungen mit mehr Aussicht auf Erfolg
beteiligen können und daß innerhalb dieses Gebietes der bis-
her befolgte Grundsatz aufgegeben wird, daß bei öffentlichen
Vergabungen in erster Linie Handel und Industrie des
Landes berücksichtigt werden. Auch für die Lösung großer
Verkehrsfragen auf dem Gebiet der Bahnen und Wasser-
straßenbaues verspricht man sich von einem solchen politi-
schen Zusammenschluß Vorteile. Von einem Zusammen-
schluß von ganz Süddeutschland, Bayern eingeschlossen,
erhofft man insbesondere auch für das ganze würt. Grenz-
gebiet beträchtliche wirtschaftliche Vorteile. Es wurde aller-
dings auch eine Reihe von Bedenken geltend gemacht, u.
a. wurde darauf hingewiesen, daß die an der Westseite
des Rheins gelegene badische Industrie gegenüber der
würt. Industrie wirtschaftliche Vorteile in Bezug von Roh-
stoffen habe, ein Vorsprung, der durch keinen Zusammen-
schluß ausgeglichen werden kann.

Ein Brief aus der Türkei.

Ein zur deutschen Militärkommission in Konstantinopel
kommandierter württembergischer Offizier hat über seine
neuesten Erlebnisse einen Brief an seine Verwandten in
Württemberg geschrieben, der am 11. Dezember aufgegeben
wurde und am 26. Januar bei den Anwerbern einge-
troffen ist. Da der Inhalt allgemein interessanter dürfte,
sei er nachstehend zur Kenntnis unserer Leser gebracht.
Heute seit Monaten 1. offizielle Briefgelegenheit in
vorgeschriebenem Umfang! Ich habe in letzter Zeit zwei-
mal an Dich geschrieben, fürchte jedoch Verlust. Die letzten
Transporte sind über Odessa Russland gegangen und wie
müssen wohl annehmen, daß diese Kameraden Deutschland
nicht erreicht haben! Am 28. 10. ist türkischer Waffen-
stillstand abgeschlossen worden. Die Bedingung daß Deutsche
bis 28. 11. Türkei räumen, konnte aus technischen Grün-
den nicht durchgeführt werden. Wir hatten und bekamen keine
Schiffe und Kohlen! Am 18. 11. sind feindliche Flotten
eingelaufen, seitdem sind wir drängt. Immerhin sind die
Engländer anständig. Franzosen wie immer und überall.
Wirkliche Türken bleiben auf unserer Seite. Kosakinnen
haben sich gemein benommen. Kan Ich uns bis heute
frei herumlaufen, aber nur auf der asiatischen Seite. Stamboul
und Pera sind uns verboten. Offiziere wurden die
deutschen Mannschaften entwaffnet. Offiziere durften ihre
Degen nicht mitnehmen. Der Abreisepost ist von Seiten der Eng-
länder zugesagt. Bis dies möglich ist, sind wir von heute
ab interniert. Unter welchen Umständen und wie lange das
bauern soll, ist nicht abzusehen. Ich bin drei Wochen an
Lungenentzündung krank gewesen, jetzt oder wieder auf den
Beinen. Unsere Sorgen um die Heimat sind um so größer
als wir nur auf Kombinationen aus feindlicher Presse an-
gewiesen sind. Der Sicherheit wegen — Ich fürchte, die
gegenwärtige Briefsendung kommt auch nicht ungerührt an
— bitte ich Mitteilung dieses Schreibens an einen meiner
Freunde, Leutnant R. R.

Ihr könnt Euch ja wohl auch keine Vorstellung
davon machen, wie es mit uns in die Türkei Komman-
dierten steht. Wir sind noch rund 9000 Mann, davon
10% Kranke. Unsere Lagerung ist bei schlechter Witterung
enggedrängt in Zelten, dabei die Verpflegung noch
ausreichend. Die Situation ist also vorerst, obwohl un-
würdig, noch erträglich. Längere Internierung aber wird
Eulienplage und Flektypus herbeiführen. Das schließt ge-
rade noch! Nun trotz aller Enttäuschungen hoffe ich immer
noch auf einen baldigen Abschied über Leipzig. Ueber Odessa
zu fahren weigern wir uns entschieden, das wäre glatter
Mord! Herzliche Grüße an alle, die sich für mich interes-
sieren.

Fröhliche Weihnachten möge man sich nicht zu wünschen,
aber Gesundheit fürs neue Jahr und die Hoffnung in die
Zukunft nicht ganz sinken lassen!

Füttert die hungernden Vögel.

Tagebuenigkeiten.

Die Polen lehnen den Waffenstillstand ab.

Berlin, 8. Febr. WZ. Durch die am 7. ds. Mitts.
in der Presse bekannt gegebene Mitteilung ist dem Obersten
Polnischen Volkerrat geantwortet die Einstellung aller Kampf-
handlungen an die Vorbedingung geknüpft worden, daß
keine bewaffneten Formationen im reichsdeutschen Gebiet
verbleiben dürfen. Hiervon ist der preussischen Regierung
heute nachstehende Antwort des Obersten Polnischen Volk-
rats zugegangen:

„Aus allgemeinen Menschheitsurteilen haben wir
Ihnen Einstellung von Exekutionen und Repressionen, En-
stimmung von Luft- und Gasangriffen und schließlich zwecks
Bermeldung unnötigen Blutvergießens Einstellung von Kampf-
handlungen vorgeschlagen. Wir haben gleichzeitig niemals
den Standpunkt verlassen, daß wir der Entscheidung des
Friedenskongresses nicht vorgreifen wollen. Unsere Bewe-
gung war ein elementarer Protest des Volkes gegen Jahr-
zehntelange Unterdrückung, gegen Abhängigkeit von Aus-
nahmemaßnahmen und nicht Abberufung von habsburgischen
Beamten sowie gegen Gewalt der moralisierter Ordnung.
Während unserer Berliner Verhandlungen bewiesen
Sie volle Bereitschaft zum Abschluß von Waffenstill-
stands- und weiteren Verhandlungen. Einigen den ge-
troffenen Vereinbarungen machen Sie den Abschluß einer
Waffenruhe abhängig von der Auflösung unserer bewaffne-
ten Formationen. Wir lehnen diese Forderung
ab. Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat
gegen disziplinlosen Grenz- und Grenzschutz und essen-
zielle Kampfgruppen gegen russische Bolschewisten. Wir
weisen Ihnen alle Verantwortlichkeit für ferneres Blutver-
gießen zu und rufen die gesamte männliche Bevölkerung
zur Verteidigung von Weib, Kind, Haus und Herd auf.
Oberster Polnischer Volkerrat.
(gez.) Kozlowski.

Diese Antwort ist ein Kabinetsstück politischer Ent-
schlossenheit. Mit Worten betonen die Polen immer wieder,
den Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgreifen
zu wollen. Ihre Taten stehen jedoch im schroffsten Gegen-
satz zu ihren Worten. Die preussische Regierung hat mit
ihrer Forderung nur das verlangt, was nach der klaren
Rechtslage ihrer schuldlosen Pflicht war. Was die
Polen zu Verhandlungen nach Berlin geladen, waren
weniger Rücksichten der Menschlichkeit, als vielmehr bittere
wirtschaftliche Not. Sollten die polnischen Gewalttäter
um ihre Macht zittern und es deshalb nicht wagen, den
von preussischer Seite gewiesenen Weg zur Einstellung des
Blutvergießens zu treten?!

Eisenbahnverkehr Berlin—Königsberg unterbrochen.

Berlin. Aus Danzig wird dem Berliner Volks-
anzeiger gemeldet: Der Eisenbahnverkehr Berlin—Königs-
berg ist seit gestern Mittag unterbrochen, da in Marien-
burg ein Streik unter den Eisenbahnern des Betriebs-
dienstes herrscht. Der gestrige Berliner Nachzug liegt
noch in Marienburg.

Die Besetzung der Ämter.

Berlin. Die Parteiführer der Fraktionen der National-
versammlung haben sich laut „Vossischer Zeitung“ darüber
geeinigt, daß zum provisorischen Präsidenten Ebert erwählt
wird und daß an die Spitze des Reichsministeriums Scheide-
mann tritt. Da das Zentrum eine der drei leitenden Stel-
len belegen will, tritt Dauld zurück und macht den Weg
für Feilerbach frei. Endgültig festgesetzt ist auch, daß das
Kabinett aus 14 Mitgliedern bestehen soll, einschließlich
des Vorsitzenden aus 7 Sozialdemokraten, 4 Demokraten
und 3 Zentrumsgenossen.

Die Annahme der Reichsverfassung.

Berlin. Auch die rechtsprechende Presse begrüßt die
Annahme der vorläufigen Reichsverfassung als ersten Schritt
zur Ordnung. Der „Vorwärts“ sagt u. a.: Der 1. Jah-
nach dem Sieg der Revolution feiert die neue Reichsver-
fassung ihren Geburtsstag. Die erste revolutionäre Periode,
in der nur die Rechte der politischen Parteien galten, ist
abgeschlossen und wir treten in eine Entwicklung ein, die
wieder auf der Grundlage des geschriebenen Rechts fort-
schreitet. Die nächste Aufgabe der Nationalversammlung
wird sein, ihr durch die Wahl eines Reichspräsidenten und
der Bildung eines Reichsministeriums Inhalt zu verleihen.
Es kann als gewiß betrachtet werden, daß sowohl das
Amt des Reichspräsidenten als das des Ministerpräsidenten
der Sozialdemokratie zufallen wird. — Weiter sagt das Blatt:
Die neue Verfassung ist nur ein Provisorium. Ihr popu-
larer Charakter hat fast alle Parteien dazu gebracht,
trotz sachlicher Bedenken und entgegenstehender Ansichten
dem Grundgesetz zuzustimmen. Allgemein herrschte die
Ueberzeugung, daß vor allen Dingen eine rasche Entscheidung
geboten sei, obwohl im Hinblick auf die bevorstehende Ge-
neuerung des Waffenstillstands wie der Friedensverhand-
lungen, als auch mit Rücksicht auf die sonstige Lage.

Zulagen für Schwerverbeiter.

Die Schweiß- und Rüstungsarbeiterzulagen sind wie
bekannt, mit Wirkung vom 10. 2. ds. Js. ab aufgehoben.
Hier und da haben sich bei Durchführung dieser Maß-
regeln jedoch Schwierigkeiten ergeben. Um den daraus
herausgehenden unzuträglichsten Rechnung zu tragen, ins-
besondere um Ungleichmäßigkeiten in der Rationierung, die
bei ungenügender Zufuhr eintreten könnten, vorgeschrieben



hat sich der Staatssekretär des Reichernährungsamtes mit einer Fristverlängerung bis zum 1. April für die Durchführung des Wegfalls der Zulagen in den Fällen einverstanden erklärt, in denen sich die Durchführung bislang nicht hat erledigen lassen. Bis 1. April können aber die notwendigen Organisationsmaßnahmen überall getroffen sein, sodass nach dem 1. April Zulagen nirgends mehr benötigt werden dürfen.

Amerikanische Warnung.

Berlin, 10. Februar. Die World hat ein Telegramm aus Washington veröffentlicht, wonach die Allierten gewarnt werden, zu gefahren, daß die den Polen geleisteten Waffen zum Kampfe gegen die Zentralmächte dienen sollen. Amerika und die Allierten hätten die moralische Verpflichtung, die Zentralmächte gegen Angriffe von außen zu schützen, nachdem diese durch den von den Allierten geführten Waffenstillstand die Waffen niedergelegt haben.

Revolten in Bukarest.

Berlin. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Bukarest: Gestern fanden hier neuerlich Demonstrationen statt, die einen durchweg revolutionären Charakter haben. Als der Strom der Massen in die Viktoriastraße einbog, fuhr in blühendem Tempo der König im Automobil vorbei. Die Demonstranten warfen mit Steinen nach dem Auto und schrien: „Nieder mit dem Wäldling! Hoch die Republik! Es lebe die befreiende Rast des Proletariats!“ Erst als die Truppen einschritten, gelang es, die Massen auseinander zu treiben.

Die militärische Lage im Osten.

Berlin, 11. Febr. Anwesenberkommando Süd. In allen Abzügen Zusammenstoße mit den Polen. 5. A.-R. Bei Kalmusch wurde der beschlossene Organisationsangriff auf die noch in Feindeshand verbliebenen Dörfer Satne und Sarawpa mit Erfolg durchgeführt. Beide Dörfer wurden durch das Jägerbataillon Kirchhain und das Pionierbataillon 5 unter Mitwirkung von Begleitbatterien und Befehlsgruppen erobert. 2. A.-R.: Neudorf, Mitrowitz und Hohendorf wurden von uns besetzt. Bei Karagün erfolgte erfolgreiche Patrouillengehänge. Der Nege-Brückenkopf bei Steinburg, südlich Rakel wurde von den Polen genommen. Südlich Bromberg wurden Truppen hinter dem oberen Negekanal zurückgenommen. Feindliche Versuch, beiderseits der Straße Negekanal-Bromberg den Kanal zu überschreiten, scheiterte.

Erhöhung der Kriegsbeschädigten-Unterstützung.
Weimar, 9. Febr. Zwischen den Fraktionsführern hat auf Veranlassung des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamtes, Bauer, eine Besprechung über die Aufbesserung der Kriegsbeschädigten-Unterstützung stattgefunden mit dem Ergebnis, daß eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Unterstützungsmittel eintreten wird.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 12. Februar 1919.

Hengstpatentierung. Bei der diesjährigen Hengstpatentierung haben u. a. folgende Privatbesitzer für ihre Hengste Patente und dadurch die Ermächtigung erhalten, während der Beschälzeit des Jahres 1919 (15. Februar bis 15. Juli) das Beschälgewerbe zu betreiben: Ablung, Fr. Ökonome in im Städtlingen O.A. Herrenberg für Rabon, Hilser, Wilhelm, Landwirt in Bondorf, O.A. Herrenberg, für Madonle.

Aufforderung

zur Bezahlung der Einkommen- u. Kapitalsteuer.

Nachdem am 1. Februar d. J. das letzte Drittel der Einkommen- und Kapitalsteuer für 1918 fällig geworden ist, werden diejenigen Personen, welche ihre Schuldigkeit für 1918 noch nicht vollständig bezahlt haben, dringend ersucht, bis spätestens 20. d. Mts. Zahlung zu leisten. Bei Nichterhaltung dieser Frist ist zwangsweise Eintreibung zu gewährleisten.

Altensteig, den 10. Februar 1919.
Kameralamt: Fil.

Berkauf

werden am 13. ds. Mts. von nachmittags 2 Uhr ab im Hause des Herrn Ed. einermeisters Holz beim „Pflug“ folgende Haushaltungsgegenstände:



2 Bettladen, darunter 1 massiv eichene, mit Bettrost und 1 Nachtschrank, 1 Kinderbettlade, 1 hell eichener Kleiderschrank, gerichtet für Spiegeleinsatz, 1 neuer eichener Tisch, 1 Kommode mit Türen, 1 Küchenschrank und sonstiger Hausrat.

Möbeltransporte besorgt prompt
Fr. Bauer aml. Bahnspedition Calw.

Wildberg. Am Sonntag, den 9. Februar hielt der hiesige Militär- und Vet. Verein seine jährliche Generalversammlung im Gasthaus z. Schwane. Der stellv. Vorstand Kam. Proß dankte den Feldtruppen für ihre treue Pflichterfüllung im Krieg und erstattete den Rechenschaftsbericht. Der Verein zählt 3 Ehrenmitglieder, 62 aktive und 17 passive Mitglieder. Dem Kassierbericht, den Kam. Elwert vorlas, ist zu entnehmen, daß der Verein 247 10 M. Einnahmen und 149 32 M. Ausgaben hat; mithin ein Kassensaldo von 97 68 M. vorhanden ist. Der Verein hat während der Kriegsdauer seinen ausmarschiereten Kameraden Liebesgaben und Unterstützungen im Betrage von 400 M. gespendet. Die Krawahlen der Vereinsämter ergaben: Fr. Proß, Vorstand, R. Elwert, Schriftführer, G. Eberhardt, Kassier. In den Ausschuß wurden die Kameraden Carl, Hermann, Kummerer, Schaub gewählt. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Wegen des Beitritts zu einer Bundesfeierbescheide will der Verein noch zuwarten, bis die Frage in einer Bezirksversammlung besprochen und entschieden sein wird.

Aus dem übrigen Württemberg.

Stadtsingen. Ein hiesiger Wäckermeister, der aus einer Lauge enthaltenden Flasche, in der er Most vermutete, getrunken hatte, ist noch einigen Tagen unter größtem Leiden im Krankenhaus verstorben.

Eingefandt.

Ein Wort zur Aufklärung der städt. Stadtsjagd an die Bürgerschaft.

Unter dem Vorwande von Wildschaden im Kallberge sucht man die Herren Stadtschützen zu bestimmen, daß die städt. Stadtsjagd nicht mehr wie bisher öffentlich verpachtet werden soll, sondern dieselbe durch Gemeinderatsbeschluß dem Stadtoberförster und seinen 3 Waldschützen zur Ausübung für die Gemeinde überlassen wird. Diese Ausübung will er mit seinen Beamten ohne jeden dienstlichen Zeitaufwand ermöglichen, dieselbe nur aus forstwirtschaftlichen Gründen machen, zwecks Verminderung des erwähnten Wildschadens. — Doch aber auch jagdliche Interessen beim Herrn Stadtoberförster vorhanden sind, wird er nicht bestreiten, denn 1917 ist er bereits an die Herrn Gemeindebediente herangetreten, damit ihm bei der jetzt kommenden Neuverpachtung diesfälliger Bezirk Lemberg-Winterhalde zugesichert werden sollte. — Heute geht er nun weiter und will gleich die ganze Jagd von circa 15.000 Morgen. — Der Wildstand im Kallberge wie auf der ganzen Jagd ist ein so beschwerlicher, daß von Wildschaden auf neun Zehntel der Jagd überhaupt nicht gesprochen werden kann. — Die Treibjagden haben das im Kallberge zur Genüge erwiesen, wo oft 10 Schützen und sogar Treiber kaum ein Reh zur Strecke bringen konnten, weil eben kein Wild vorhanden war. 6 Jäger waren 10 Jäger an der Ausübung der 15.000 Morgen großen Stadtsjagd beteiligt und bedingt, es wäre von jedem einzelnen der zehn Hohn, wenn einer sagen würde, er habe bei der Jagdausübung keine Zeiterläumnis. — Es wird gefragt, ob denn die Interessen wirklich im Einklang zu der Forderung stehen. — Der Wildschaden wird trotzdem weiterbestehen, weil der Herr Stadtoberförster auch an die gefällige Schonzeit für Rehwild vom 1. Januar bis 1. Juni gebunden ist, nur erfahren den Schaden dann wohl die Herren Stadtschützen nicht mehr. — Glaubt denn der Herr St. D., wenn er auch das letzte Stück Rehwild abschleht, es sei damit erledigt? Dafür kommen wieder andere über die Schonzeit, und an die Schonzeit des weiblichen Rehwildes ist er bis 1. Nov. gebunden. Dagegen ist er völlig machtlos, und die paar

Stücke, welche zum Abschluß kommen, werden sich jedenfalls bei seinen Dienstjungen so vor das Gewehrrohr stellen, daß es solche ohne Zeiterläumnis eilegen kann. —

In keiner Gemeinde Württembergs ist den Einwohnern bekannt, daß die Jagd in Selbstverwaltung genommen wird, zumal aus so wichtigen Gründen. Die ganze Sache gäbe lediglich nur böses Blut, eine Wirtshaft, welche das Bürgertum zu bezahlen hätte. Der Dienst würde Nebenloche, die Jagd Hauptloche. In Treibjagden würden die städt. Holzmagaz. Verwendung finden u. s. w. Diese Wirtwirtschaft hat schon lange beim Staate, Staatsjagden böses Blut gewacht, weshalb man laufend bestrebt ist, diese staatlichen Jagden in Privat Hände zu legen, um die Beamten im Dienste ihres Berufes, der Forstwirtschaft nicht abgubalten, und nun möchte man hier in der Stadt Nagold die städt. Kollegen zu einem solchen Mißgriffe verziehen. Die Einsender glauben, daß Beamte dazu da sind, daß sie ihre Kraft der Sache widmen, zu welcher sie angestellt sind, daß sie ihre Kraft der Sache widmen, zu welcher sie angestellt sind. Wird je dem Wunsche des Herrn St. D. entsprochen werden, so wird er bald insolge Ueberarbeitung H. s. k. auf Kosten der Bürgerschaft verlangen. Die ganze Sache wird nur böses Blut verursachen, weshalb es sich die Herren Stadtschützen wohl überlegen dürfen, ob die Jagd durch den Herrn St. D. ausgesetzt wird, oder ob dieselbe wie immer öffentlich verpachtet wird. Letzteres wird kein böses Blut machen, und die Gemeinde wird ein Rezepteinkommen haben, was man gewiß weiß.

Im Sinne vieler Bürger

Alles wartet auf die Eröffnung der Eisbahn, aber Nagold scheint damit zu warten bis der Sommer kommt, und doch könnte man unserer Jugend diesen gesunden Sport von Herzen gönnen.

Letzte Nachrichten.

Ebert - Reichspräsident.

Weimar, 11. Febr. (Drahtbericht. 7 Uhr abends.) Die Nationalversammlung wählte mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen bei 51 Stimmenthaltungen Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten. Posadowsky erhielt 49 Stimmen, 2 Stimmen waren zerplittert. Ebert erklärte die Wahl anzunehmen.

Der oberste Kriegsrat trat am Montag nachmittag zusammen. Er besaßte sich in erster Linie mit den Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes.

Wie „Progres du Lyon“ meldet, soll Wilson erster Präsident des Völkerbundes werden.

Präsident Wilson hat auf die Reise nach Brüssel verzichtet. Er bleibt noch einige Tage länger in Paris, da sich Schwierigkeiten in der Völkerbundstrage ergeben haben, die täglich wachsen. So hat man davon absehen müssen, auf die allgemeine Wehrpflicht zu verzichten.

Eine Abordnung der sächsischen Bevölkerung, die den größten Teil der deutschen Kolonie in Siebenbürgen und im Banat bildet, ist in Bukarest eingetroffen, um sich für eine Vereinigung mit Rumänien und gegen jeden Anschluß an Deutschland auszusprechen, von dem die Sachsen in Siebenbürgen und im Banat seit acht Jahrhunderten getrennt leben.

Wetter. Wetter am Donnerstag und Freitag. Mittl. bedr. mit Schauern verbunden und mäßig kalt.

Nagold.

Grundstücks-Versteigerung.

Die Erben der Katharine Wagner, Tuchmachers Witwe bringen zur öffentlichen Versteigerung:

Geldbude Nr. 451 und P. Nr. 36 2 a 49 qm
Wohnhaus, Schener Hof und Gemüsegarten

an der Waldbachstraße,
P. Nr. 4430 30 a 75 qm Acker hinter Burg und 470 7 a 02 qm Acker hinter dem Lemberg.

1. Termin: Samstag 15. Februar Abends 5 Uhr
2. " " 22. " " 5 "

Den 10. Februar 1919.
Grundbuchamt: Popp.

Lehrverträge sind wieder vorräthig bei G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Wildfelle,

Gasen, Füchse, Zitzse, Katzen, Warden, Maulwürfe, werden angekauft und mit den höchsten Preisen bezahlt
G. Meyle, Bfrozheim neben dem Rathaus.

Oberhangst. Verkauft zwei sehr gute

Zugpferde miltären Schlags.
Christian Solz.

Ebhausen.

Holzbearbeitungs-Maschinen.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe gegen Barzahlung:

1 kompl. Universal-Hobelmaschine, 610 mm Arbeitsbreite.

1 " Bandsäge mit schräg verstell. Tisch, 800 mm Rollendurchmesser.

(Beide Maschinen Fabrikat Altinger).

1 " Zinkenfräß-Apparat, Badenia D.R.P. Arbeitsbreite 330 mm

(Fabrikat Schanbach & Ebner).

Die Maschinen sind wenig gebraucht, garantiert betriebstüchtig, seit August 1914 unbenutzt.

Peter Ensslen.

Wand-Notiz-Kalender

mit Marktverzeichnis und Posttarif empfiehlt

G. W. ZAISER, Buchhandlg., Nagold.



Forstamt Nagold.
Stammholz- und Stangenverkauf
 Am Samstag, den 15. Febr. 1/2 Uhr in Rohrdorf "Dahlen" aus Staatswald Staufen: 151 Fichten u. Fichten mit 48 F. im IV./VI. Kl. (bestell.); 8 Eichen 13 F. im V./VI. Kl. Fichte Baustangen: 32 I. 18 II. Kl. Aus Hölle: 109 Fichten Baustangen I. 14 I. Kl. 5 Stangen II. Kl.

Verloren
 ging auf dem Weg von Rohrdorf nach Nagold 1 schwarze Pelzmütze. Der richtige Finder möge sie gegen Belohnung in d. "Taub" in Nagold abgeben.

Schmiedeleerne Brennstempel und Brennzahlen
 aus einem Stück geschmiedet, daher kein Lötlotwerden des Stempels, sauber gearbeitet, fertigt als Spezialität.

Gottlob Rähle
 Salzfornen
Modellschlitten
 größere, 1- und 2-sitzige, hat zu verkaufen oder zu vermieten.

8000 Mark
 werden auf Anfang März 1919 in einem oder mehreren Posten gegen Hypothek

ausgeliehen
 Soll man? sagt die Geschäftsstelle des Gesellschafters.

Bei Milchmangel
 empfehlen wir unteren aus vor besten Kräutern, wie Kanderl, Kammer- u. Schiberrl, zusammengestellt.

Haustee
 Paket 50 S. und 1. —
Geschw. Frey, Nagold,
 Kräutlerbldg. u. Verbandsgeschäft.

Wagen
 hat im Auftrieb zu verkaufen
Jonathan Kay
 Waanertwieser.

Pferde

 zum Schlachten, auch nicht transportable, jedoch gesunde, kauft zu den höchsten Preisen
Hermann Stichel,
 Händler. Tel. Nr. 100.

Zur Wiederverkäufer:
 Sienfong-Essen, Wandelbal am, nur garant. W. lagestware Gliedergeist z. einreiben, Eppeller, Bergöl, Haarwasser, Nagentropfen, Schachtelpflaster u. a. m. u. s. w.
Thüringer Spezialitäten
 empfehlen
Geschwister Frey,
 Verbandsgeschäft Nagold.

Mädchen
 wünschlich nicht unter 18 Jahren für Haus- und Feldarbeit findet gute Stelle bis 1. März bei
Frau Angericht z. „Stern“
 Nagold.

Ein Mädchen
 das schon in besserer Stellung war,
sucht
 auf 1. März Stellung in gutem Haus; kleinere Familie nach bevorzugt.
 Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Mädchen
 gesucht.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Guten Speiseeffig
 jedes Quantum abzugeben, auch zum Wiederverkauf.
Adolf Morlok, Nagold.

Butter- (Mühe-) Käse
 hat zu verkaufen.
 Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Weißer Pelz
 für Mädchen von 8-14 Jahr zu verkaufen.
 Auskunft gibt die Geschäftsstelle d. Bl.

Hochzeitsrock
 Lehre Lederhobelnfabrik.
Messer und Scheren
 werden zum Schleifen angenommen.
Bahnhofstr. 50 Hl.

Bettmöbelen
 Verfertigung garantiert sofort. Alter u. Beschlecht angeben. Ausk. umsonst. Verbandskass.
Mohlfeld, Mädchen III.
 Jabellostr. 12.

Veihingen.
Hochzeits-Einladung.
 Damit beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Donnerstag, den 13. Februar 1919
 stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus z. „Dahlen“ in Veihingen freundlichst einzuladen.
Wilhelm Günther } **Marie Freithaler**
 Sohn des Gottlieb Günther, Gipfer in Veihingen. } Tochter des Gottlieb Freithaler in Veihingen.
 Kirchgang 11 Uhr.
 Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Esslingen-Rotfelden.
Statt Karten.
Hochzeits-Einladung.
 Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns Verwandte, Freunde und Bekannte auf
Donnerstag den 13. Februar 1919
 in das Gasthaus z. „Pflug“ in Esslingen freundlichst einzuladen.
Hans Herz } **Maria Herz**
 Pflegejohn des Georg Wurster, Bauer in Rotfelden. } geb. Schmid Tochter des Karl Schmid in Rotfelden. } Gipfer in Esslingen.
 Kirchgang 12 Uhr.
 Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Esslingen.
Hochzeits-Einladung.
 Wir erlauben uns hiermit, Sie zu unserer am
Samstag, den 15. Februar 1919.
 stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum „Lamm“ in Esslingen freundlichst einzuladen.
Robert Martini } **Bauline Martini**
 Goldarbeiter } Tochter des Johann Georg Martini } Ferd. Sulmer, Wauerem. } Zimmermeister.
 Kirchgang 1/2 12 Uhr.
 Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Samstag, den 15. Febr. d. J.,
 vorm. 10 Uhr wird in Bahnhofrestauration Altensteig
verkauft:
 1 besserer Zivilüberzieher, 1 Zivilanzug, 1 Zivilhose, 1 lederne Reisetasche für Wägen od. Mutter, 1 Brieftasche, Manschetten. Lehner.

Heu-Schuppen-Verkauf.
 Kommen Donnerstag, den 13. Febr. bringe nachfolgende Schuppen zur Versteigerung und zwar:
Morgen 10 Uhr am Bahnhof Esslingen O. A. Hoib
 1 vor kurzem neu erstellten Schuppen a. Freisofsten aus kant. gefügt. Bauholz u. ca 700 qm Bretterbedachung 20/20 Meter groß u. 11 Meter hoch.
Mittags 3 Uhr am Bahnhof Oberndorf a. N.
 ebenfalls neu erstellten 20/16 und 11 Meter hoch, Freisofsten u. kant. gef. Bauholz m. Falzriegeldach.
Ergenzingen. **Ferdinand Baur, Kaufmann.**
Gesangbücher empfiehlt **G. W. Jaiser, Nagold.**

Erwiderung.
 Dem guten Mann, der uns so viele Wohltaten spendete, dertweil wir ihm zu seinem Kriegsgewinn halfen, geben die Empfänger der Firma K. & N. und auch solche vom Dorf gerne die Wohltaten zurück, wenn er öffentlich angibt, wieviel wir von ihm erhalten haben und versprechen ihm noch den Vaterlandsdank! Ob derselbe mit seinen nichtbeteiligten Feldgrauen mehr Charakter hat, als wir, zeigt er ja, indem er uns die Wohltaten vorgeworfen hat. Unter den nicht beteiligten Feldgrauen gibt es solche, die den Feldgrauen Rock bloß trugen, um den Geldsack zu füllen.
 Die beteiligten Feldgrauen Rohrdorfs.

Freie Schuhmacher-Innung
Nagold
 Nächsten Sonntag den 16. ds. Mts.
 findet im Gasthaus von Albert Lutz in Altensteig nachm. 2 Uhr eine
Versammlung
 statt.
 Zahlreiches Erscheinen ist wegen wichtiger Besprechung betreffs Einkaufsgenossenschaft dringend notwendig.
Der Ausschuss

Ebdarfen, den 10. Febr. 1919.
Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Verluste unseres lieben, guten Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels
Gren. Johannes Dengler
 insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, den erhabenden Gesang des Kirchenchors, für die Kranzspende der Altgenossinnen und die Ehrung durch den Mädrerorch beim Truenergottesdienst sagen wir auf diesem Wege herzlich Dank.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
 die Mutter
Christine Dengler,
 Strakenwieser Wägen.

Kreisfägen, Dezimalwagen, Güllenpumpen,
 sowie sämtl. landwirtsch. Maschinen halten wieder auf Lager
Gebrüder Dürr, Rohrdorf.

Im Nagoldtal
 zwischen Liebenzell und Freudenstadt, an Bahnstation schön gelegenes

Wohnhaus
 mit Garten
 zu mieten od. zu kaufen gesucht.
 Angebote unter F. P. Nr. 4019 an **Rudolf Woffe, Pforzheim.**